

bezugspresse: für Halle monatlich für zweimalige Auslieferung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, über die Post 22.50 Mark, zuzüglich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden an allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsergebnis unter: Halle-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Monatshefte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit der Kassenanfrage. Halle-Zeitung, Gr. Markt, Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigenleitung Nr. 1133 u. 7411, der Bezugshilf. Nr. 11333

Halle-Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeter teile oder deren Raum 60 Pf., 6 mm leinere 40 Pf., 4 mm 50 Pf., die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsorte: Halle, Erfurt täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal, Schiffschau und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Fernr. Domäne 1a, Dr. Drauhauert, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Wische 24; u. Markt 24. Postbez.-Konto Leipzig Nr. 4006

Nr. 558.

Halle, Montag, den 23. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Ausweisungsantrag gegen Korfanty.

Englisch-französische Differenzen in der oberschlesischen Frage — Ein englischer Ruf nach Frieden Entente-Flottenaktion gegen Griechenland?

Die Londoner Konferenz.

Es ist hoch sehr merkwürdig: Während in Genf die Verhandlungen der Weltfriedenskonferenz stundenlang tagt in London eine neue Friedenskonferenz. Es mutet wie Sezession, ja fast wie Sabotage an, daß die Ministerpräsidenten der führenden Entente-Staaten nicht nach Genf kommen, sondern sich an anderem Ort zu Besprechungen zusammenschließen, die eigentlich vor das Forum des Völkerbundes gehören. Man tagt scheinbar recht unerbittlich im Hause Lloyd Georges und in Downing Street. Aber was man heute dort liest, und befehligt, ist das Schicksal und die Politik von morgen. Ministerpräsident Lengue hat Herrn Viner Sekretär des französischen Außenministeriums. Er ist die Seele der Gespräche am Quai d'Orsay und gilt als literarischer Vater des Vertrages von Sevres. Es mutet deshalb geradezu komisch an, wenn französische Zeitungen schreiben, daß griechische Probleme sei nicht der Anlaß der Londoner Zusammenkunft, deutsche Wiedergutmachung und russischer Handel seien die eigentlichen Beratungsgegenstände. Die Berichte über die Verhandlungen der in London zusammengetretenen Staatsmänner — Lloyd George hat noch Lord Curzon und Bonar Law zugezogen, Lengue läßt sich von Paul Cambon helfen — verriet den auch, daß man sich in größter Sorge um die nächsten Ereignisse in Griechenland und um das Schicksal des nahen Ostens befindet. Wenn Konstantin wieder in Athen als König einzieht, was wird aus all den fischen Abmachungen, die man in Paris und London über Aethonien getroffen hat? Wer hält die Türkei in Schach? Kenigelos können die auf jeden Wind der Alliierten ein wie ein Unteroffizier. Aber Konstantin ist nicht so geistig. Man dürft ihn nicht die Mandate anvertrauen, die sich aus dem Vertrag von Sevres ergeben. Aber wie das alles zurechtfinden, ohne sich vor dem Selbstmordrecht des griechischen Volkes vor dem Völkerbund und vor der ganzen Welt bloßzustellen? Frankreich verlangt sofortige Revision des Vertrages von Sevres und hofft dabei, neue Vorteile für sich herauszuschlagen. Lloyd George, der die französischen Geister noch immer durch Umfallen oder Kompromisse beschwören hat, macht einen klugen Gegenvorschlag. Er sagt: Ihr Pariser habt ja ganz recht. Wir müssen dem griechischen Volke eine Warnung zukommen lassen. Wird Konstantin gewählt, so zieht die Entente die Hand, die die dem getreuen Kenigelos so gerne reichste, etwas zurück; Griechenland verliert an Machtstellung durch die Umgründung der Alliierten. Das möchten wir alles ganz einfach neben und hinter dem Völkerbund. Aber mit der Revision des tatsächlichen Vertrags wollen wir doch sehr vorsichtig sein. Das könnte ein Präjudiz für Versailles und St. Germain geben. Wir haben ja Glück: Der Vertrag von Sevres ist ja noch gar nicht ratifiziert. Schieben wir die Ratifikation hinaus. Die Türkei hat das Warten gelernt. Wir werden sie vorläufig durch kein Minimum drängen. Kommt Zeit, kommt Rat. Wir werden uns unterdessen Herrn Kenigelos vornehmen und auch Herrn Aethon, wenn diese Herren den Mut haben sollten, gleichzeitig nach London zu kommen (es liegen Meldungen darüber vor) — also hat Lloyd George wohl gesprochen und eine Entscheidung kann nicht eher fallen, als bis Graf Stora, der Vertreter Giolittis in London eingetroffen ist, was am heutigen Montag erst geschehen soll. Der wird man dem italienischen Gesandten, der den Vertrag von Rapallo mitbringt, von neuem vor den Kopf stoßen? Nachdem man aber für die griechische Frage alles vorbereitet, an die alle Zeit verwendet hat, was heißt für die anderen Gegenstände übrig, die wie es vorzeitig hieß, in London entschieden werden sollen? Die deutsche Wiedergutmachung? Am morgigen Dienstag soll Lengue wieder in Paris sein, um der Kammerdebatte über die Anknüpfung von Beziehungen mit dem Vatikan beizuwohnen. Am Mittwoch will man schon wieder auseinandergehen. Es ist einfach unenkbar, daß die komplizierte Frage der Wiedergutmachung bei dieser flüchtigen Ministerzusammenkunft wesentlich gefördert wird. Für diese Schnellproduktion würden sich alle beteiligten Staaten bekennen. Eher noch ist möglich, daß die Frage des Handels mit Rußland wenigstens angeknüpft wird. Lloyd George hat einen fertigen Vertragsentwurf in der Hand, der noch in dieser Woche nach Wortau übermittelt werden soll. Fern Berthelot wird sich die Bedingungen, die England den Russen stellt, abzeichnen und eine ähnliche Vorlage ausarbeiten. Zeitlich noch in der französischen Presse schon mächtig die Gespräch auf die in Aussicht stehenden englischen Gespräche. Aber alles dies verläßt vor der griechischen Frage, die das Kern- und Hauptstück der Londoner Konferenz bildet.

Die oberschlesische Frage.

Das Wollische Bureau verbreitet folgende Meldung: Wetzlar meldet im „Echo de Paris“ über die Londoner Verhandlungen: Besonders scharf steht es mit dem englischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage. Das englische Kabinett hat zwei französische Noten

abzuschlägig beschlossen, nämlich die erste, daß die nur zufällig in Obereschien gebliebenen Deutschen an der Abkündigung nicht teilnehmen sollen, und die zweite, daß die Annahmen von 300 000 in Obereschien gebliebenen Deutschen die Ruhe und Ordnung bedrohe und daß deshalb eine Verhinderung des Zuzugens notwendig sei. Der englische Premierminister Lloyd George erklärte, der Vertrag müsse hinsichtlich abgeändert werden, und die öffentliche Ruhe und Ordnung seien nicht gefährdet.

Der Ruf nach dem Frieden.

Die „Times“ melden aus New York, daß die amerikanische Handelskammer eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Vereinigten Staaten sich nicht an dem Weltkrieg beteiligen wollen, und daß sie sich nicht an dem Krieg beteiligen wollen, und daß sie sich nicht an dem Krieg beteiligen wollen. Die englischen Blätter melden, brachte auf der in Bradford abgehaltenen Jahresversammlung des nationalen liberalen Bundes der liberale Führer Sir Donald Maclean eine Entschließung ein, in der die Wahrung des Oberen Rates des Völkerbundes gefordert und verlangt wird, daß der Völkerbund in sofortiger Tätigkeit tritt zur Regelung der mesopotamischen Krise, der Beziehungen mit Rußland und anderer internationaler Fragen, darunter der Revision des Versailleser Friedensvertrages, „wo dies vonnöten ist“. Sir Donald Maclean sagte: Die Welt ist nicht bereit, Frieden und die Zeit für den tatsächlichen Wiederaufbau gekommen. England gibt in diesem Jahre 150 Millionen Pfund Sterling für eine komplexe Streikkrise aus, Frankreich und die Vereinigten Staaten zehrenden schloß Millionen für ihre Truppen. Es ist zu erwarten, daß die Welt in der nächsten Zeit zu reden, wenn nicht England in der Weltfriedensfrage die Führung übernimmt. Wenn der Militarismus nicht jetzt zerstört wird, so geht die ganze Welt dem völligen Zusammenbruch entgegen. Mesopotamien verschlingt dieses Jahr etwa 80 Millionen Pfund Sterling. Dieses Geld wird verwendet, um die internationalen Petroleuminteressen zu schützen. Das Kabinett der Welt nicht einmütig, dem einen Wunsch der Welt nach einem allgemeinen dauernden Frieden. Der Liberalismus ist heute die einzige Kur für die kranke Welt.

Der Besoldungsunterausschuß des Reichstages

begann am Sonnabend die Beratung des „Besoldungsurveres zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung“, des sogenannten „Sperrgesetzes“. Durch dieses Gesetz, das am 1. April 1920 in Kraft treten und mit dem 1. April 1923 außer Kraft treten soll, will man eine einheitliche Regelung der Beamtenbesoldung im ganzen Reich schaffen und namentlich auch im Interesse der Gemeinden verhindern, daß die Reichsbesoldungsordnung von den Ländern und Gemeinden überboten wird. Das Gesetz wird tief einwirken, da seine Folge eine Neuregelung der Besoldungsordnung der Länder und Gemeinden sein muß. Das Gesetz will im Reichsrat gegen die Stimme Bayerns annehmen worden, und der Reichsrat hat sich gegen die Ausweisung gegen die weitgehende Eingriffe in die Rechte der Einzelstaaten aus, konnte aber nicht in Abrede stellen, daß das Gesetz günstige Wirkungen haben könne. Dem bayerischen Vertreter trat zunächst ein Vordemmann der Abg. Simon Schwabach entgegen, der den Widerspruch Bayerns als parteipolitisch bezeichnete. Der Reichsjustizminister selbst meinte darauf hin, daß die bayerischen Gemeinden in einer Eingabe gefordert hätten, daß der größte Teil der Gehälter der Gemeindebeamten vom Reiche getragen werden müßte und leitete daraus den besten Grund her, das Gesetz anzunehmen. Die Länder hätten die Einbringung eines solchen Gesetzes gewünscht. Es sei demnach, daß in der früheren Zeit der Zeit der einzelnen Länder abzurufen in den Vorberand gestellt würde. Gegenüber der Bemänglung, daß die Beamtenvertretungen bei der Ausarbeitung der Entwurfs nicht gefordert wären, betonte der Minister, daß dies Sache der Landesregierungen gemein sei. Der demokratische Abg. DeLius hob die Debatte über die Streikseiten hinaus, indem er darauf hinwies, daß nicht nur alle Parteien und alle Länder Vertreter, sondern auch die Beamten selbst in ihrer großen Mehrheit im Interesse der Beamten und der Einzelgehälter des Beamtenkörpers ein solches Sperrgesetz gefordert hätten. Damit würden die Eigenen der Gemeinden nicht bestraft. Der Ausschuss war sich darüber einig, daß unzulässige Härten befeitigt werden müssen; er wird am Dienstag in die Einzelberatung eintreten.

Reichsarbeitsminister Brauns über die Pflichten der Arbeiterkassen.

Im großen Stuhngsaal des ehemaligen Herrenhauses begann Sonnabend die erste Tagung des Gewerkschaftsrings.

schäftsrings, der kürzlich aus dem Gesamtverband der deutschen Gewerkschaftsverbände Hildesheim, dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsbund mit seiner Unterorganisation gebildet wurde und der rund 700 000 Mitglieder, Arbeiter, Angestellte und Beamte umfaßt. Die Tagung war von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht. Unter den Eröffnern sah man den Reichsarbeitsminister Brauns, den Reichswehrminister Geiler, die Abgeordneten Fiedler, Langert, Weinhausen und Barth. Vertreter hatten erstanden das Reichsarbeitsministerium, das preussische Finanzministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für Kunst und Wissenschaften, die Eisenbahndirektion Berlin, der Deutsche Werkmeisterrat, der Deutsche Beamtenbund und der Reichsverband deutscher Berufsverbände.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrings, Gustav Hartmann, eröffnete den Kongress und begrüßte die Anwesenden. Dann nahm Reichsarbeitsminister Brauns das Wort: Ihr steht jetzt auf einer neuen Periode der deutschen Geschichte. Was die Arbeiterkassen vor dem Krieg nur in harten Kämpfen und in Teufelsrunden zu erbringen vermochte, hat ihr der Krieg und sein tragisches Ende in Hülle und Fülle in der Schöpfung gemordet. Die deutsche Arbeiterkassen hat sich rechtlich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Demgegenüber steht der politische und wirtschaftliche Sturz des Deutschen Reichs. Anstatt dieser Aufgaben muß man sich fragen: Was ist vorher: Die Zusammenarbeit der Arbeiterkassen über ihre Pflichten gegenüber der Kooperationsarbeit des Bauwesens unterer Wirtschaft? Und man muß zu dem Schluß kommen: Die Pflichten sind größer als die Rechte. (Beifall.) Sie gehören zu denen, die keine Rechte haben wollen, ohne ihre Pflichten zu erfüllen. Gerade auf Ihre Hilfe rechne ich als der Vertreter des Arbeitsministeriums, das große Aufgaben zu erfüllen hat. In den nächsten Monaten haben Sie das Gesetz über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsansprüche, über Arbeitsrecht usw. zu verabschieden. Das sind große soziale Aufgaben, die zu erfüllen sind. Ich hoffe, daß Ihre Bewegung in der jetzt erweiterten Form dem erweiterten Reichsrat von heute und dem besten Vaterland zum Segen gereichen wird. (Starker Beifall.)

Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete Erlebens über Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsrings.

Die sächsische Demokratie zur Regierungsbildung.

Der Landesausch der Deutschen demokratischen Partei Sachsens tagte am Sonnabend in Gemeinschaft mit der Schlesiergen und der künftig demokratischen Landesparlamentarier unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Kälz. Der Ausschuss stellte sich nach einem Bericht des Vorsitzenden über den Ausfall der Landesparlamentarier und nach einem Referat des Kultusministers Dr. Siffert einmütig auf den Standpunkt, daß für die Deutsche demokratische Partei Sachsens zurzeit kein Anlaß vorliege, in der Frage der Regierungsbildung Beschlüsse zu fassen.

Ausweisungsantrag gegen Korfanty.

Der deutsche Reichsjustizminister in Katowitz, Dr. Urbanek, faßt an die interalliierte Kommission in Opp in dem Antrag gerichtet, den polnischen Wüstungsminister Wolsch Korfanty aus dem Wüstungsgebiet auszuweisen. Dr. Urbanek weist in seinem Antrag auf die Anlage zum Artikel 88 des Friedensvertrages hin, in der es in § 3 u. a. heißt:

Der Ausschuss hat insbesondere die Ausweisung jeder Person zu verurteilen, die irgendein das Ergebnis der Volksabstimmung durch Verletzung oder Einschüchterungsmasnahmen zu fällen versucht.

Der deutsche Reichsjustizminister begründet seinen Antrag mit einer aufreißenden Rede, die Korfanty am 23. Nov. 1920 im Hotel Boginski in Rothenberg gehalten hat.

Das Maschinengeschäft der Deutschen Werke.

Dem Vorstand der Deutschen Werke, Aktiengesellschaft, erhalten wir folgende Zuschrift:

Nach den Berichten eines Teiles der Presse hat im Reichstags der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten v. d. Reiffenbach Anlaß zu der Deutung gegeben, als sei der Rücktritt der Direktion der Deutschen Werke, Aktiengesellschaft, die Folge des von einigen Zeitungen angegriffenen Maschinengeschäftes. Demgegenüber erklären wir:

1. Unter der Amtsführung dreier Reichstagsminister konnten sich die Deutschen Werke günstig entwickeln, da ein

